



Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen GmbH

## Inhaltsverzeichnis

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH	3
16.03.2025 WELT AM SONNTAG: Unter dem Schirm	4
14.03.2025 abendblatt.de (Hamburger Abendblatt): Atommüll-Problem: Unternehmen behauptet, eine Lösung zu haben	6
17.03.2025 Südwest Presse Ehingen: Das Endlager der Zukunft	8
16.03.2025 BBV-Net (Bocholter-Borkener Volksblatt): Ahaus gegen Castor	10
14.03.2025 rp-online: Anti-Atom-Gruppen: Proteste gegen Castor-Transporte vor NRW-Wirtschaftsministerium geplant	12

# EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

## GASTBEITRAG

## Unter dem Schirm

Warum Deutschland auf das Angebot Frankreichs eingehen sollte, die Europäer in seine nukleare Abschreckung einzubeziehen.

Herbst 1972. Im Strategie-Seminar an der Harvard University diskutieren wir über Begriffe wie „counterforce“ oder CEP (circular error probable). Damit ist die Wahrscheinlichkeit gemeint, dass ein nuklearer Sprengkopf nach einem ballistischen Flug über Tausende von Kilometer sein Ziel um nicht mehr als 500 Meter verfehlt. Je geringer der CEP, desto glaubwürdiger würde eine Abschreckung sein, die nicht wie in Hiroshima ganze Städte in Schutt und Asche legen würde, sondern gegnerische militärische Ziele präzise zerstören könnte.

An Universitäten im Nicht-Nuklearland Deutschland waren solche Themen lange Zeit weitestgehend tabu. Vielleicht ist dies ein Grund, warum wir uns in der jetzt angestoßenen Debatte über das Angebot des französischen Präsidenten Emmanuel Macron, den französischen Nuklearschirm stärker über die europäischen Partner zu erstrecken, so schwertun. Es fehlt weithin am Grundverständnis für die in der Tat sehr komplexen Zusammenhänge. Dazu folgen die vier Punkte.

1. Die Option „deutsche Atomwaffe“. Diese Option gibt es nicht, und wir sollten die Diskussion darüber beerdigen, bevor sie Kreise zieht und völlig unnötige Ängste bei Dritten schürt. Deutschland hat zweimal völkerrechtlich verbindlich auf Kernwaffen verzichtet, 1975 im Nichtverbreitungsvertrag und erneut 1990 im 2-plus-4-Vertrag. Die Zahl der mit Nuklearwaffen ausgerüsteten Staaten ist in diesen fünf Jahrzehnten nur unwesentlich gewachsen. Noch wichtiger: Die Nato selbst hat sich als ein überaus erfolgreiches Instrument der Nichtverbreitungspolitik erwiesen. Warum konnte zum Beispiel die Türkei bis heute darauf verzichten, eigene Nuklearwaffen zu entwickeln?

Weil sie sich auf den Artikel 5 des Nato-Vertrags berufen konnte. Heute fühlen sich Polen und die baltischen Staaten besonders bedroht. Nichts wäre aber schädlicher für das globale Nichtverbreitungsregime als ein Ausbrechen europäischer Nato-Mitglieder. Es gäbe dann kein Halten mehr, weder in Teheran noch in Saudi-Arabien noch sonst wo.

2. Die Rolle Frankreichs. Schon vor 50 Jahren, in der Erklärung von Ottawa 1974, hob die Nato den Beitrag von Frankreich und Großbritannien zur gemeinsamen Abschreckung des Bündnisses hervor. Es wäre heute durchaus an der Zeit, die europäischen Komponenten des Abschreckungsverbands weiter zu stärken – wohlgemerkt nicht als Ersatz, sondern als Ergänzung des bestehenden Nato-Dispositivs.

Deshalb spricht alles dafür, dass Deutschland und andere Partner auf das französische Angebot eingehen, in Gespräche über künftige gemeinsame Optionen einzutreten. Das Argument, man riskiere mit einem solchen Schritt, Washington zu verärgern, ist ein Scheinargument: Natürlich kann man dem amerikanischen Partner vorab erläutern, dass mit solchen Überlegungen die europäischen Verteidigungsleistungen, so wie von Washington expressis verbis gewünscht, weiter gestärkt werden sollen.

Genauso abwegig ist das zweite Argument, Paris werde nicht bereit sein, die Einsatz-Entscheidung über das französische Nuklearpotential zu teilen. 70 Jahre lang haben wir ohne Zögern akzeptiert, dass der amerikanische Präsident die alleinige Entscheidungsgewalt über den Einsatz sämtlicher US-Nuklearwaffen hat, also auch der in Deutsch-

land stationierten. Im Übrigen erfordert die Glaubwürdigkeit jeder nuklearen Abschreckung, dass die Einsatz-Entscheidung in den Händen einer Person bleibt. Eine Entscheidung per Komitee wäre in der Krise kaum glaubwürdig.

3. Strategische und taktische Nuklearwaffen und ihre Bedeutung. Abschreckung als Kriegsverhinderung funktioniert dann, wenn der Gegner die Androhung des Einsatzes nuklearer Waffen für glaubwürdig hält. Die französische Nukleardoktrin setzt deshalb prinzipiell auf

„strategische Ambiguität“: den Gegner im Dunkeln lassen darüber, ob und wie man ggf. agieren oder reagieren würde. Auf US-Seite wurde größere Glaubwürdigkeit von „extended deterrence“ dadurch erreicht, dass mit der nuklearen Teilhabe einerseits Nuklearwaffen direkt in europäischen Partnerländern disloziert wurden, gleichzeitig aber auch eine Risikoteilung erreicht wurde.

„ ABSCHRECKUNG IST NUR GLAUBWÜRDIG, WENN DER ROTE KNOPF IN DEN HÄNDEN EINER PERSON BLEIBT

Von Skeptikern wird gern darauf hingewiesen, dass Frankreich eigentlich nur über strategische Nuklearwaffen verfüge, die abschrecken sollen von einem Angriff auf das französische Territorium. Deshalb sei eine französische „extended deterrence“ dann nicht glaubwürdig, wenn Paris damit zum Beispiel eine russische Invasion Estlands verhindern wolle. Frankreich wolle doch wohl nicht („mourir pour Danzig“) Tallinn

verteidigen mit dem Risiko der Zerstörung von Paris.

Frankreich verfügt neben den vier U-Booten mit Interkontinentalraketen auch über luftgestützte nuklearfähige Marschflugkörper, die von Rafale-Flugzeugen aus eingesetzt werden. Vielleicht könnten künftig solche Systeme nicht nur wie bisher in Frankreich, sondern zum Beispiel auch in Polen oder Deutschland rotierend oder gar dauerhaft stationiert werden. Man könnte sogar erwägen, dem US-Modell der nuklearen Teilhabe folgend, dass diese Waffen von geeigneten Partnerflugzeugen aus gestartet werden könnten. Denkverbote sollte es hier nicht geben. Klar ist: Solche Optionen kosten nicht nur sehr viel Geld, das von Frankreichs Partnern aufzubringen wäre, sondern sind auch nicht auf Knopfdruck zu haben. Hier wäre mit jahrelangem Vorlauf zu rechnen.

Im Übrigen muss angesichts technologischer Fortschritte und Zielgenauigkeit nicht jede nukleare Eskalationsdrohung aus Moskau gleich nuklear beantwortet werden. Im Falle eines russischen nuklearen Einsatzes etwa in der Ukraine könnte künftig statt nuklear auch mit massivem Einsatz präziser Marschflugkörper oder künftiger Hyperschallwaffen reagiert werden.

4. Die Zukunftsaufgabe. Hier wird der strategische Auftrag für Deutschland, Frankreich und die europäischen Partner sichtbar: Nutzung eines auszubauenden französischen Nukleardispositivs, hoffentlich im engsten Zusammenwirken mit London, zur Abschreckung eines nuklearen Angriffs auf unsere Territorien. Gleichzeitig massiver Ausbau sämtlicher Elemente einer glaubwürdigen modernen konventionellen Abschreckung einschließlich KI,

Hyperschallentwicklung und Satellitenaufklärung. Das wird teuer, und das wird dauern.

So kann ein Schuh draus werden: Wir liefern mit unseren europäischen Partnern die konventionelle, Frankreich im Zusammenspiel mit Großbritannien die nukleare Komponente eines glaubwürdigen Abschreckungskontinuums, in Ergänzung des hoffentlich weiter bestehenden US-Schirms. Das sollte seinen Eindruck weder in Washington noch in Moskau verfehlen und könnte zugleich ein zentraler Baustein für den Kern einer Europäischen Verteidigungsunion werden.

T Wolfgang Ischinger ist Präsident der Stiftung Münchner Sicherheitskonferenz, deren Veranstaltungen er von 2008 bis 2022 geleitet hat.

Wörter: 907  
Autor/-in: Von Wolfgang Ischinger  
Seite: 11 bis 11  
Rubrik: MEINUNGSFREIHEIT  
Medienkanal: PRINT  
Mediengattung: Sonntagszeitung  
Medientyp: PRINT

Jahrgang: 2025  
Nummer: 11  
Ausgabe: Hauptausgabe  
Auflage: 282.632 (gedruckt)<sup>1</sup>  
289.282 (verkauft)<sup>1</sup>  
355.679 (verbreitet)<sup>1</sup>  
Reichweite: 0,841 (in Mio)<sup>2</sup>

<sup>1</sup> IVW 4/2024

<sup>2</sup> AGMA ma 2025 Pressemedien I

Kernkraft

## Atommüll-Problem: Unternehmen behauptet, eine Lösung zu haben

Eine neue Technologie soll hoch radioaktiven Atommüll massiv reduzieren. Das Verfahren ist kompliziert und Experten sind skeptisch.

Björn Hartmann

Wohin mit dem strahlenden **Atommüll**? Die Frage beschäftigt Politiker und Wissenschaftler, seit es gelang, durch Kernspaltung Energie zu erzeugen. Bisher denken alle Länder mit entsprechenden Kraftwerken darüber nach, das hoch radioaktive Material sicher unter der Erde zu lagern. Ein Schweizer Unternehmen verspricht, das Problem zu lösen. Die Bundesagentur für Sprunginnovationen (Sprind) hat das Konzept jetzt für einen deutschen Standort durchrechnen lassen.

27.000 Kubikmeter hoch radioaktiven Abfalls haben die deutschen **Atomkraftwerke** (AKW) hinterlassen. Nach den bestehenden Plänen sollen sie unter Tage verstaut werden. Kein leichtes Unterfangen: Der Standort muss mehrere hunderttausend Jahre unbeschadet überstehen. In Deutschland dauert die Suche noch Jahrzehnte. Derzeit lagert der Atommüll an 16 Standorten vor allem neben den ehemaligen AKW.

„Wir bieten eine Lösung für große Teile des Atommülls“, sagt Guido Houben, Geschäftsführer der deutschen Tochter der Schweizer Transmutex. „Wir gewinnen daraus Rohstoffe und Krebsmedikamente.“ Nur zehn Prozent hoch radioaktiver **Abfälle** verblieben, dazu mittel radioaktive Abfälle, die endgelagert werden müssten. „Und statt für mehrere 100.000 Jahre strahlt dieser Restabfall in dem von uns berechneten Fall nur noch 810 Jahre in einem garantiert sicheren Behälter“, behauptet Houben.

**Technologisches Neuland: Anlage wäre das erste Projekt dieser Größe weltweit**

Der berechnete Fall ist der **Standort** eines ehemaligen deutschen AKW mit dem dort gelagerten Atommüllmix. Für die Studie im Auftrag von Sprind arbeiteten Transmutex, Tüv Nord, die Großkanzlei PSWP und die Technische Universität München zusammen. „Die Anlage besteht im Wesentlichen aus zwei Teilen“, erklärt Houben. „Im ersten werden Rohstoffe und Edelmetalle abgeschieden, die in der Medizin und der Luftfahrt genutzt werden können. Im zweiten werden die hoch radioaktiven Bestandteile des Atommülls abgebrannt und liefern Energie.“ Was sich nicht weinternutzen lässt, wird zum Lagern verglast.

Transmutex will Teile des ehemaligen Akw weinternutzen, Zäune etwa, Werksfeuerwehr, Betriebsgebäude und die Hochsicherheitskuppel. Denn der Verbrennteil der Anlage ist ein neuer **Atomreaktor**. Neben den Rohstoffen und Edelmetallen liefert die Anlage auch Energie, 600 Megawatt (MW) Wärme oder 256 MW Strom sind berechnet. Zum Betrieb wären 36 MW nötig. Das abgeschaltete deutsche Akw Isar 2 in Bayern hatte 1485 MW Leistung.

Der Studie zufolge könnte die Anlage in zehn Jahren laufen, wenn sie jetzt in Auftrag gegeben würde. Echte Bauzeit wäre von 2030 bis 2035. „Eine erste Anlage kostete 2,5 Milliarden Euro“, sagt Houben. „Wenn ein bestehender AKW-Standort genutzt wird, sinken die Kosten auf 1,5 Milliarden Euro.“ Es wäre das erste Projekt in dieser Größe weltweit. Das bedeutet auch, dass un-

vorhergesehene **Probleme** auftauchen können, die die Anlage deutlich verteuern und die Bauzeit verlängern – üblich bei neuartigen Konzepten im Atomsektor. Und Deutschland müsste das Atomgesetz ändern.

**Experten vom Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung sind skeptisch**

Auch wenn es einfach klingt, das, was sich Transmutex vorstellt, ist kompliziert. Teile der geplanten **Anlage** sind in dieser Größe technologisches Neuland. Etwa die Mülltrennung. Sie „arbeitet völlig anders als die Wiederaufarbeitungsanlagen im britischen Sellafield und im französischen La Hague, deutlich effizienter, proliferations-sicher und ökologischer“, sagt Houben. Transmutex will die Edelmetalle aus dem Atommüll nach einem Verfahren herausholen, mit dem auch Kupfer aus einer Salzlösung gewonnen wird. Der strahlende Rest wird dann mit Thorium vermischt in neue Brennstäbe eingesetzt. Das Material wird bisher vor allem experimentell genutzt.

Die **Müllverbrennung** besteht aus einem Reaktor, der nicht mit Wasser, sondern Blei gekühlt werden soll. Statt auf eine Kettenreaktion wie in klassischen AKW, die sich selbst in Gang hält, setzt Transmutex auf Transmutation – das strahlende Material verwandelt sich dabei in weniger strahlendes und gibt Energie ab. Das läuft, sehr vereinfacht, nur, wenn es angeschaltet wird. Dafür ist eine präzise Energiequelle nötig, in diesem Fall ein Teilchenbeschleuniger. Ein ähnlicher ist seit gut 50 Jahren am Schweizer Paul-Scherrer-Institut im Ein-

satz, allerdings nicht in der geplanten Größe und Zuverlässigkeit.

Experten vom Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (Base) sind **skeptisch**. „Auch wenn das Base Forschung in diesen Feldern begrüßt und laufend beobachtet, ist es wissenschaftlich nicht seriös zu behaupten, eine solche hypothetische Technologie könne ein Endlager für hoch radioaktive Abfälle überflüssig machen“, sagt ein Sprecher. „Weder die bislang vor-

liegenden wissenschaftlichen Erkenntnisse noch die jahrzehntelangen Erfahrungen in der kerntechnischen Industrie lassen einen solchen Schluss zu.“

Bleibt die Frage, wer die Anlage bauen und betreiben soll, sollte der deutsche Staat als Eigentümer des Atom Mülls den Auftrag vergeben. Transmutex ist es nicht. „Wir sind ein Projektentwickler“, sagt Houben. „Wir liefern die Technologie und das Design der Anlage,

aber können sie natürlich nicht weltweit bauen und betreiben.“ Das Unternehmen wurde 2019 in Genf gegründet. Hinter ihm stehen Risikokapitalgesellschaften aus der EU und den USA, die das Start-up mit rund 40 Millionen Euro finanziert haben. Derzeit beschäftigen die Schweizer 50 Mitarbeiter, bis Ende 2025 sollen es 100 sein. Kernmärkte sind neben **Deutschland** Indien und die USA.

Wörter:	801	Jahrgang:	2025
Autor/-in:	Björn Hartmann	Ausgabe:	Einzelausgabe
Ressort:	Online	Visits (VpD):	227.862 <sup>1</sup>
Medienkanal:	ONLINE	Unique Users (UUpD):	47.000 <sup>2</sup>
Mediengattung:	Online News		
Medientyp:	ONLINEMEDIEN		
Weblink:	<a href="https://www.abendblatt.de/politik/article408272650/atommuell-problem-unternehmen-behauptet-eine-loesung-zu-haben.html">https://www.abendblatt.de/politik/article408272650/atommuell-problem-unternehmen-behauptet-eine-loesung-zu-haben.html</a>		

<sup>1</sup> von PMG gewichtet 02-2024

<sup>2</sup> gerundet agof ddf Ø-Tag 2023-01 vom 08.03.2023, Gesamtbevölkerung 16+

**Abbildung:** Das abgeschaltete deutsche Kernkraftwerk Isar 2 in Bayern.  
**Fotograf/-in:** DPA Images

**Abbildung:** Behälter mit hochradioaktiven Abfällen und Transporthauben im atomaren Zwischenlager in Gorleben.  
**Fotograf/-in:** picture alliance/dpa

**Abbildung:** Derzeit lagert der Atom Müll in Deutschland an 16 Standorten, vor allem neben ehemaligen Akws.  
**Fotograf/-in:** picture alliance / dpa

## Das Endlager der Zukunft

Atommüll Bis 2050 soll ein Standort für ein Endlager gefunden werden – die Region kommt dafür infrage. Das Verfahren ist komplex. Von Verena Eisele

Eine Million Jahre – so lange muss ein Endlager in Deutschland hochradioaktiven Müll sicher verwahren können. Eine unvorstellbare Zeitspanne: Vor einer Million Jahren herrschte auf der Erde die Eiszeit, und der Homo erectus breitete sich so langsam von Afrika nach Asien und Europa aus.

Angesichts solcher Dimensionen wirkt die Aufgabe der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) wie Science-Fiction. Das Unternehmen ist „im Auftrag des Bundes für die dauerhafte Lagerung der radioaktiven Abfälle im tiefen Untergrund verantwortlich“, wie es auf der Website heißt. Über das Vorgehen der Gesellschaft bei der Standortsuche informierte Dagmar Dehmer, Leiterin der Unternehmenskommunikation, vor Kurzem im Ulmer Roxy.

Die BGE hat mittlerweile 90 Teilgebiete in ganz Deutschland identifiziert, das entspricht 54 Prozent der Landesfläche. Für 82 Prozent der Teilgebiete ist bisher noch keine Einordnung erfolgt. 16 Prozent werden als ungeeignet angesehen, zwei Prozent weisen eine geringe Eignung auf. Solche gering geeignete Gebiete kommen in der Region Ulm/Neu-Ulm und der Schwäbischen Alb vor.

Ein erster Arbeitsstand wurde im November vergangenen Jahres veröffentlicht (wir berichteten). Grund dafür ist das Vorkommen einer bestimmten Tongesteinsschicht, der sogenannte Opalinuston. Dieser Ton sei wasserundurchlässig und habe zudem eine hohe Rückhaltefähigkeit gegenüber Radionukliden, erklärte Dehmer.

Bis zum Jahr 2027 will die BGE potenzielle Standortregionen erarbeiten, die anschließend übertägig erkundet wer-

den sollen. In diesen Regionen sind dann unter anderem seismische Messungen und Bohrungen geplant. „Im Moment ist es noch reine Papierarbeit“, betonte Dehmer. Und das meinte sie ganz wörtlich: Lange war es vorgeschrieben gewesen, Daten in Papierform einzureichen. Zudem seien die geologischen Dienste bisher zu schlecht ausgestattet gewesen, um sich „ernsthaft der Digitalisierung zu widmen“. „Bei Hannover werden seit 2,5 Jahren Akten digitalisiert“, erzählte Dehmer anekdotisch. Unter anderem deshalb kostete die Standortsuche so viel Zeit.

Zudem sei diese Suche eine „ständige Siebarbeit“, erklärt die Expertin: Jedes potenziell geeignete Gebiet muss anhand eines wissenschaftlich festgelegten Kriterienkatalogs geprüft werden. In mehreren Prüfschritten scheiden dann nach und nach Gebiete aus, bis am Ende das Gebiet mit den besten Voraussetzungen übrig bleibt. „Wir suchen die langweiligsten Steine Deutschlands“, fasste Dehmer das komplexe Verfahren zusammen.

Ein Abwertungskriterium ist beispielsweise die „Barrierenmächtigkeit“. Sie beschreibt die Dicke des Gesteins, in dem das Endlager gebaut werden könnte. In unserer Region weist der Opalinuston eine Mächtigkeit von etwa 140 bis 150 Metern auf, die Dicke nimmt in Richtung Südosten ab. Laut BGE erfüllt das Gestein damit zwar die Mindestanforderung von 100 Metern Mächtigkeit. Aber eine „bedingt günstige oder günstige“ Barrierenmächtigkeit setzt laut BGE eine Dicke von 200 bis 300 Metern voraus.

Finnen und Schweden weiter

In der anschließenden Fragerunde erkundigte sich ein Mann nach dem Endlager in der Schweiz, das an der deutschen Grenze bei Hohentengen entstehen soll. Dehmer erklärte, dass in der Schweiz ein Doppellager geplant sei. Dort sollen sowohl hochradioaktive Abfälle als auch schwach- und mittelradioaktive Abfälle gelagert werden, die vor allem beim Rückbau von Atomkraftwerken anfallen. In Deutschland entsteht dafür das Endlager „Schacht Konrad“ im niedersächsischen Salzgitter. Auch das BGE habe den Auftrag zu prüfen, ob eine Fläche auch für solche Abfälle ausreichen würde.

Als Beispiele aus noch anderen Ländern nannte Dagmar Dehmer Finnland und Schweden. Beide setzen bei der Endlagerung auf Granitgestein – in Finnland ist das Endlager bereits gebaut, in Schweden noch im Bau.

Allerdings habe auch Schweden mehr als 50 Jahre gebraucht, um einen geeigneten Standort zu finden. Das Endlager entsteht dort in dem kleinen Ort Forsmark an der Ostseeküste nördlich von Stockholm. Da sich an diesem Standort bereits ein Atomkraftwerk befindet, sei die Akzeptanz in der Bevölkerung vergleichsweise hoch. Beide Länder planen ihre Endlager für einen Zeitraum von 100.000 Jahren. Dennoch sei der Aufwand dadurch nicht geringer, betonte Dehmer auf Nachfrage.

Am Ende brachte es eine Frage aus dem Publikum auf den Punkt: „Geht es wirklich einfach darum, ein Loch zu finden, in dem wir für eine Million Jahre unseren Müll lagern können?“ Dehmer nickte. „Das Ziel ist, dass man dieses Endlager getrost vergessen kann.“

Wörter:	664	Jahrgang:	81
Autor/-in:	Verena Eisele	Nummer:	63
Seite:	18	Ausgabe:	Nebenausgabe
Ressort:	EHINGER TAGBLATT	Auflage:	3.824 (gedruckt) <sup>1</sup>
Medienkanal:	PRINT		3.959 (verkauft) <sup>1</sup>
Mediengattung:	Tageszeitung		4.019 (verbreitet) <sup>1</sup>
Medientyp:	PRINT	Reichweite:	0,00861 (in Mio) <sup>2</sup>

Urheberinformation: © Neue Pressegesellschaft mbH & Co. KG

<sup>1</sup> IVW 4/2024

<sup>2</sup> AGMA ma 2024 Tageszeitungen

**Abbildung:** Drei Wirtsgesteine kommen für ein Endlager infrage: Ton, Salz und Kristallin, zum Beispiel Granit. #Foto: Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH

**Abbildung:** Dagmar Dehmer von der Bundesgesellschaft für Endlagerung.##Foto: BGE

# Ahaus gegen Castor

## Bürgerinitiative kämpft weiter gegen Atommüll

Erneut gingen die Ahauser Atommüllgegner auf die Straße und übten massiv Kritik an den Castortransporten von Jülich nach Ahaus. Diesmal aber an einem Samstag.

Viele Händler steckten an diesem Samstag ihre Köpfe aus den Geschäften der Ahauser Innenstadt. Vor dem Rathaus versammelten sich rund 80 Menschen, um gemeinsam zu demonstrieren. Musik tönt aus dem Lautsprecher und Mitglieder der Bürgerinitiative (BI) „Kein Atommüll für Ahaus“ äußern laut Kritik an den geplanten 152 Castortransporten von Jülich nach Ahaus.

Eigentlich keine neue Aktion, denn der Spaziergang der BI durch die Innenstadt fand nicht zum ersten Mal statt. Neu ist allerdings der Tag. Zuvor wurde sonntags demonstriert. Durch den Wechsel auf den Samstag erhofft sich Matthias Eickhoff, Mitglied der Bürgerinitiative, nicht nur die Aufmerksamkeit der Ahauser Händler, die an diesem Tag neugierig zuschauen, zu ergattern. Es sollten auch mehr Passanten auf die Castortransporte aufmerksam gemacht werden.

### Wetter spielt mit

„Ob Samstag oder Sonntag, jeder Tag hat seine Vor- und Nachteile“, sagt Matthias Eickhoff. „Sonntags kommen mehr Leute von außerhalb nach Ahaus,

samstags ist die Innenstadt voller mit Ahausern“, sagt der Demonstrant, der sich schon mehrere Jahre gegen Atommüll einsetzt. Welcher Tag nun der bessere sei, um möglichst viele Menschen zu erreichen, müsse man jetzt einfach testen.

### Lesen Sie jetzt

Ein anderer Faktor, der mehr Menschen in die Innenstadt zieht, sei das Wetter. „Im Winter spazieren natürlich weniger mit“, weiß Matthias Eickhoff. „Jetzt, wo die Sonne scheint und es langsam wärmer wird, versammeln sich hier mehr Menschen in der Innenstadt“, sagt er.

### Der aktuelle Stand

[Anti-Atomkraft-Initiativen aus dem Münsterland und Jülich sowie der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz reagieren empört darüber, dass die NRW-Landesregierung keine öffentliche Diskussion zu den geplanten 152 Castor-Transporten vom Forschungszentrum Jülich nach Ahaus führen wollen.](#)

Nach Informationen der Initiativen soll die NRW-Landesregierung bereits am 21. März gegenüber dem zuständigen Bundesamt BASE eine Stellungnahme zum seit Januar vorliegenden Entwurf einer Transportgenehmigung einreichen.

### „Widerstand lohnt sich“

„Es ist nur unserem jahrzehntelangen Widerstand zu verdanken, dass die Atomkraftwerke in Deutschland abgeschafft worden sind“, sagt Matthias Eickhoff während seiner Rede vor dem Ahauser Rathaus am 15. März. Im selben Atemzug fordert er die Stilllegung der Brennelemente-Fabrik in Lingen.

Zuspruch bekommt er aus dem Publikum. Applaus, Trillerpfeifen und Jubel tönen über den Rathausplatz. Matthias Eickhoff ist optimistisch und motiviert, dass sich auch in Zukunft viel ändern kann. „Wir haben gezeigt, dass Widerstand sich lohnt“, sagt er.

[Zur Startseite](#)

Wörter: 453  
Autor/-in: Lena Wittig  
Medienkanal: ONLINE  
Mediengattung: Online News  
Medientyp: ONLINEMEDIEN

Jahrgang: 2025  
Ausgabe: Einzelausgabe  
Visits (VpD): 38.576<sup>1</sup>  
Unique Users (UUpD): 16.000<sup>2</sup>

Weblink: <https://www.bbv-net.de/ahaus/demo-castortransporte-buergerinitiative-atommuellgegner-w1009611-6000301526/>

<sup>1</sup> von PMG gewichtet 04-2024

<sup>2</sup> gerundet agof ddf Ø-Tag 2023-01 vom 08.03.2023, Gesamtbevölkerung 16+


**Abbildung:** Rund 80 Demonstranten zogen am 15. März bei bestem Wetter durch die Ahauser Innenstadt. Sie übten massive Kritik an den geplanten 152 Castortransporten von Jülich nach Ahaus. Außerdem bemängeln sie, dass die NRW-Landesregierung zum Thema Castor abtauche

**Fotograf/-in:** © Lena Wittig

**Abbildung:** Rund 80 Demonstranten zogen am 15. März bei bestem Wetter durch die Ahauser Innenstadt. Sie übten massive Kritik an den geplanten 152 Castortransporten von Jülich nach Ahaus. Außerdem bemängeln sie, dass die NRW-Landesregierung zum Thema Castor abtauche.

**Fotograf/-in:** © Lena Wittig

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 rp-online

## Anti-Atom-Gruppen: Proteste gegen Castor-Transporte vor NRW-Wirtschaftsministerium geplant

14. März 2025 10:31 | Medienart: Online | Visits/Monat: 48.000.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Ahaus/Düsseldorf · Aus Protest gegen die vom Land geplanten Castor-Transporte wollen Anti-Atom-Gruppen aus NRW am Dienstag, 18. März, eine Mahnwache vor dem Düsseldorfer Wirtschaftsministerium halten. Auch im Ahaus ist eine Protest-Aktion angekündigt. Die Landesregierung weist Kritik zurück. Im Forschungszentrum Jülich lagern Castor-Behälter (Archivbild). Anti-Atomkraft-Gruppen aus NRW wollen in den kommenden Tagen im westfälischen Ahaus und in Düsseldorf gegen die vom Land geplanten Castor-Transporte demonstrieren. Anlass sei eine nicht öffentliche Sitzung zum Thema am 19. März im Wirtschaftsausschuss des NRW-Landtags, heißt es in dem am Donnerstag veröffentlichten Aufruf des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und fünf weiterer Initiativen. Demnach soll die NRW-Landesregierung bereits drei Tage später beim zuständigen Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) eine Stellungnahme zum Entwurf einer Transportgenehmigung einreichen. Der BBU und die Anti-Atomkraft-Initiativen aus dem Münsterland und Jülich kritisieren, dass die in Düsseldorf angesetzte Beratung erneut unter Ausschluss der Öffentlichkeit statfinde. Man sei darüber „empört, dass sich die NRW-Landesregierung beharrlich weigert, eine öffentliche Diskussion zu den geplanten 152 Castor-Transporten mit rund 300.000 hochradioaktiven Brennelementekugeln vom Forschungszentrum Jülich ins Atommüll-Lager Ahaus zu führen“, heißt es. So stünde auch bislang eine Antwort von NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) und den zuständigen Ministerien für Wirtschaft, Verkehr und Umwelt sowie Inneres auf einen Brief zu Sicherheitsfragen von Castor-Transporte aus. „Die NRW-Landesregierung taucht zum Thema Castor einfach ab“, sagte Marita Boslar vom Aktionsbündnis „Stop Westcastor“ aus Jülich. Als Protest finde am Samstag (15. März) ab 11.30 Uhr ein „Samstagsspaziergang“ in der Ahauser Innenstadt statt. Am 18. März folge eine Mahnwache vor dem Düsseldorfer Wirtschaftsministerium, das sich neben der Staatskanzlei befindet. Beginn sei 16 Uhr. Die Landesregierung wies die Kritik zurück. Das Wirtschaftsministerium habe in den vergangenen Monaten die Öffentlichkeit immer wieder über den aktuellen Sachstand zum Thema Transport und Lagerung von Castor-THTR/AVR-Behältern informiert, sagte eine Ministeriumssprecherin dem Evangelischen Pressedienst (epd) in Düsseldorf. Der Entwurf der Transportgenehmigung und ihre Inhalte seien als Verschlussache eingestuft worden. Aus Gründen des staatlichen Geheimschutzes könnten der Öffentlichkeit daher dazu leider keine Auskünfte erteilt werden. Die vom Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) angeforderte Stellungnahme zum Entwurf der Transportgenehmigung werde gegenwärtig durch die Atomaufsicht im Wirtschaftsministerium erarbeitet. Die Abgabefrist ende am 21. März. Hintergründe und Eindrücke aus dem Berliner Politikbetrieb. Jede Woche, immer freitags, neu zusammengestellt von unserer

Hauptstadt-Redaktion. Hintergrund sind die mehrfach verschobenen, aber weiterhin geplanten Straßentransporte mit sogenannten Kugelbrennelementen vom Forschungszentrum Jülich aus einem stillgelegten Versuchsreaktor zum Brennelemente-Zwischenlager in Ahaus. Probefahrten mit Leer-Castoren fanden im November 2023 statt. Das Innenministerium und das Wirtschaftsministerium in Nordrhein-Westfalen hatten danach jedoch Pannen bei der Testfahrt einräumen müssen. Demnach war der Schwertransport mit den leeren Castor-Behältern auf der A3 am Autobahnkreuz Duisburg-Kaiserberg „streckenbedingt auseinandergezogen“ worden und hatte so den Sichtkontakt zu den vorweg fahrenden, begleitenden Polizeifahrzeugen verloren.

---